



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

zu „Politische und wirtschaftliche Bildung in den Schulen stärken“ (Drucksache 20/830)

Stärkung der politischen und ökonomischen Bildung fortsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung bereits heute politische und ökonomische Bildung in den Schulen stärkt. Zukünftig soll in Schleswig-Holstein politische und ökonomische Bildung stetig ausgebaut werden, um der Verbreitung von Populismus, Extremismus, Diskriminierung, Hate-Speech, Fake News und Verschwörungstheorien vorzubeugen.

Die aktuelle Situation an den Finanzmärkten zeigt erneut, dass auch die ökonomische Bildung immer wichtiger wird, zum Beispiel durch mehr Verbraucherinnen- und Verbraucherbildung. Daher benötigt die Kombination von politischen und ökonomischen Inhalten mehr Raum an unseren Schulen. Aus diesem Grund befürwortet der Landtag die Einführung eines verbindlichen Mindestkontingents des Faches Wi/Po von vier Jahreswochenstunden in der Sekundarstufe 1 durch die Landesregierung. Darüber hinaus bittet der Landtag die Landesregierung, über die Umsetzung den Landtag zu informieren und eine stufenweise Ausweitung dieses Kontingents zu prüfen.

Der Landtag bittet die Landesregierung, den Weg der Demokratiebildung an Schulen zu stärken. Hierzu bittet der Landtag die Landesregierung, ein Konzept zur Einführung von Klassenräten vorzulegen. Zusätzlich bittet der Landtag um Prüfung, wie mit kindgerechten Formaten der Demokratiebildung in Kitas und Schulen unsere Jüngsten an unser demokratisches Gemeinwohl herangeführt werden können.

Im Rahmen der Weiterentwicklung der Kontingentstudentenafel wird die Landesregierung gebeten, die politische und ökonomische Bildung zu stärken. Der Landtag bittet die Landesregierung zu prüfen, inwiefern auch im Rahmen der Experimentierklausel neue Möglichkeiten der politischen und ökonomischen Bildung adressiert werden können.

Der Landtag dankt dem Landesbeauftragten für politische Bildung für seine Arbeit, die ein wertvoller Beitrag zur Festigung der Demokratie ist. Formate wie „Wahl-O-Mat zum Aufkleben“, die „Juniorwahl“, „Jugend debattiert“ sowie Diskussionsrunden mit Politikerinnen und Politikern ergänzen die Arbeit an den Schulen und bereiten junge Menschen darauf vor, sich aktiv und informiert an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Veranstaltungen zum jüdischen Leben in Schleswig-Holstein oder Bildungsfahrten zur KZ-Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau leisten wichtige Bildungsarbeit gegen Antisemitismus. Deshalb unterstützt der Landtag den Landesbeauftragten für politische Bildung und die Träger der politischen Bildung in Schleswig-Holstein auch weiterhin durch zusätzliche, im Haushalt 2023, bereitgestellte Mittel.

Weiterhin wurden die Landesschülervertretungen gestärkt, die Schülervertretung maßgeblich weiterentwickelt und der Dialog zwischen Politik und Schülerinnen und Schülern gefördert, z.B. durch die regelmäßige Durchführung von Diskussionsveranstaltungen durch das Projekt „Dialog P“.

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode wurde durch die Erarbeitung des Landeskonzepts Entrepreneurship Education, die unterstützenden Mittel für die Arbeit in der Corona-Pandemie für die Träger der politischen Bildung sowie das „Jahr der politischen Bildung“ in 2019 umfänglich die politische und ökonomische Bildung gestärkt. Der Landtag unterstützt die Landesregierung in diesem Vorgehen, indem zusätzliche Mittel für die landesweite Ausweitung des Landeskonzepts Entrepreneurship Education im Haushalt 2023 bereitgestellt werden. Ergänzend bittet der Landtag die Landesregierung, im Schuljahr 2023/24 die Themen Entrepreneurship und Entrepreneurship Education zu fokussieren

Begründung:

Politische und ökonomische Bildung schafft eine Grundlage für die Teilhabe an unseren demokratischen Strukturen, an unserem Rechtsstaat und an unserem Wirtschaftssystem. Wir sehen sie als festen Bestandteil im Prozess des lebenslangen Lernens, um in jeder Lebenssituation auf gesellschaftsspaltende Erscheinungsformen wie Populismus, Extremismus, Diskriminierung, Hate-Speech, Fake News und Verschwörungstheorien vorbereitet zu sein und auf diese bewusst zu reagieren.

Wiebke Zweig
und Fraktion

Malte Krüger
und Fraktion